

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP  
– Drucksachen 17/6916, 17/7067 –**

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland treibt die Sorge um, dass die Bewältigung der Euro-Krise sehr viel Geld kosten wird und dass es am Ende die Bürgerinnen und Bürger selbst sein werden, die von der Bundesregierung für diese Kosten herangezogen werden.
2. Nach Auskunft des Bundesministers der Finanzen haftet Deutschland im Rahmen des von der Bundesregierung geplanten erweiterten Euro-Rettungsschirms neben den 211 Mrd. Euro zusätzlich für Zinsen. Laut der Deutschen Bank kämen im Haftungsfall so insgesamt bis zu 400 Mrd. Euro an Kosten auf Deutschland zu.
3. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben ein Recht darauf, von der Bundesregierung zu erfahren, wer für diese Kosten aufkommen soll.
4. Deutschland braucht einen Haftungsausschluss für Beschäftigte, für Rentnerinnen und Rentner, für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen, für Sparerinnen und Sparer sowie einen Verzicht auf die Erhöhung von Massensteuern.
5. Trifft die Bundesregierung diesbezüglich keine Vorkehrungen und werden die Krisenlasten einseitig der Mehrheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufgebürdet, so nimmt sie in Kauf, dass die Demokratie in Verruf gerät, eine antieuropäische Stimmung entsteht und rechtsextreme Parteien Aufwind erhalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. noch vor der Ratifizierung der vertraglichen Regeln hinsichtlich des erweiterten Euro-Rettungsschirms eine verbindliche Garantieerklärung darüber abzugeben, dass im Haftungsfall des Euro-Rettungsschirms Löhne, Renten und Sozialleistungen nicht gekürzt, Steuern, die die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu tragen haben, nicht erhöht werden und das Geld der Sparerinnen und Sparer sicher ist;

2. zur Finanzierung der Krisenkosten jene verstärkt heranzuziehen, die mehr schultern können. Mit einer Vermögensteuer für Reiche und Superreiche könnten die finanziellen Mittel zur Bewältigung der Krise sozial gerecht aufgebracht werden.

Berlin, den 27. September 2011

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**